

Entwurf
32. Sitzung des Jugendkreistages
des Landkreises Dingolfing-Landau

N i e d e r s c h r i f t
über die 32. Sitzung des Jugendkreistages
des Landkreises Dingolfing-Landau
am Freitag, den 15. Juli 2011, 8.30 Uhr
im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes in Dingolfing

N i e d e r s c h r i f t
über die 32. Sitzung des Jugendkreistages
des Landkreises Dingolfing-Landau
am Freitag, den 15. Juli 2011, 8.30 Uhr
im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes in Dingolfing

Anwesend:	Vorsitzender	
	Landrat	Heinrich Trapp
	die Kreisräte	
	CSU	Werner Straubinger
	SPD	Christine Trapp
	ÖDP/Aktive Bürger	Ingrid Ast
	FW	Josef Beer
Gymnasium Dingolfing		Julia Kramlofsky
		Niklas Chrysikos
		Kerstin Klawunn
		Julia Klaus
		Alexandra Marchl
		Kevin Lechner
		Fabian Mittermeier
		Nina Eberl
		Maria Brennsteiner
		Thomas Maier
Gymnasium Landau		Marie-Theres Strobl
		Saskia Helmstedt
		Patricia Kuhn
		Özge Berberoglu
		Miriam Farokhfar
		Quirin Kraus
		Benedikt Bauer
		Anne Glück
		Jana Pfeifer
		Severin Forster
Realschule Dingolfing		Katharina Eißler
		Liridona Shalaj
		Florian Schwimmbeck
		Kevin Trettenhann
		Oguzhan Dalman
		Viktoria Goriani
		Benedikt Kappelmeier
		Markus Klostermeier
		Markus Greitl
		Franziska Diem

Realschule Landau	Christine Lange Stefanie Hemauer Julia Konrad Dominik Kösling Lisa Frehler Andreas Freilinger Jonas Arbinger Korbinian Liebmann Corinna Stöger Janine Gärtner
Berufsschule Dingolfing	Alexander Heil Rupert Fischer Oliver Bartl Natascha Sigl
Mittelschule Dingolfing	Marina Simbeck
Mittelschule Mamming	Thomas Wimmer
Mittelschule Niederviehbach	Sarah Fritsch
Hauptschule Reisbach	Vivien Berki Bilgin
Hauptschule Pilsting	Ludwig Wallner

Ferner sind anwesend: Johann Kerscher, geschäftsleitender Beamter, Andreas Wimbauer, Kreiskämmerer, Armin Grassinger, Hochbauabteilung, Dr. Beblo, Leiter des Gesundheitsamtes, Frau Angelika Haslbeck, Schulrätin, Herr Weber, Bundesagentur für Arbeit, Frau Elke Lohrberg und Herr Michael Trapp, Kreisjugendring

Die Sitzung ist öffentlich, Beginn 8.40 Uhr

Landrat Trapp eröffnet die Sitzung und stellt die Anwesenheit und Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die Jugendlichen sowie die anwesenden Lehrerinnen und Lehrer zum 32. Jugendkreistag. Außerdem begrüßt er die Vertreter der Presse.

Landrat Trapp stellt die Mitarbeiter des Landratsamtes, die Vertreter der Fraktionen sowie des Kreisjugendringes am Podium vor.

Gegen die Tagesordnung erheben sich keine Einwände.

Tagesordnung:

1. Allgemeine Informationen
2. Ausbildungssituation im Landkreis
 - Jugendarbeitslosigkeit
 - Anträge: Mittelschulen Mamming-Gottfrieding, Hauptschule Reisbach, Gymnasium Dingolfing und Gymnasium Landau
3. Einnahmen aus Fotovoltaik der Schulgebäude für die Schulen
4. Arbeitsraum und Ausstattung für Schulradio- und Schülerzeitungsgruppe
 - Antrag: Viktor-Karell-Realschule Landau
5. Verbesserung der Schallschutzmaßnahmen in der Aula
 - Antrag: Realschule Dingolfing
6. Ergonomische Stühle für die Klassenzimmer
 - Antrag: Hans-Glas-Berufsschule Dingolfing
7. Klimaanlage für bestimmte Klassenzimmer
 - Antrag: Hans-Glas-Berufsschule Dingolfing
8. Öffentlicher Personennahverkehr
 - Fahrplan- und Sitzplatzprobleme
 - Antrag: Gymnasium Dingolfing
9. Informationen über Kreisjugendring
 - Jugendforum im Internet
 - Programmangebote
 - Antrag: Gymnasium Dingolfing
10. Nutzung des Caprimas als Schulsportstätte
 - Antrag: Gymnasium Dingolfing
11. Bericht über Schulbaumaßnahmen
12. Anfragen, Anregungen

1. Allgemeine Informationen

Landrat Trapp führt eingangs aus, der Landkreis habe als Sachaufwandsträger der weiterführenden Schulen alle Anschaffungen zu finanzieren. Anträge, die hier im Jugendkreistag eine Mehrheit finden, könne er bis zu einer bestimmten Größenordnung selbst entscheiden. Bei größeren Wünschen würden die Anträge dem Kreisausschuss vorgelegt.

Landrat Trapp stellt fest, der Jugendkreistag habe schon viel bewegt. Es gehe hier sicher um erhebliche Beträge. Oft seien es aber auch kleine Dinge, die im Alltag helfen könnten.

Zum Ablauf der Sitzung erklärt der Vorsitzende, dass Wortmeldungen mit Handzeichen erfolgen. Er bittet die Jugendlichen, bei Worterteilung den Namen sowie die Schule zu nennen. Durch Heben beider Hände könne ein Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Rednerliste oder Schluss der Debatte angezeigt werden, über den dann sofort abgestimmt werde.

In der letzten Jugendkreistagssitzung im Dezember sei leider eine Situation entstanden, in der durch Anträge eines Schülers mehrere Themen nicht zur Diskussion kamen. Am Schluss sei dann zwar gesagt worden, es sei gerne über diese Probleme geredet worden. Dann hätte aber auch den Anträgen auf Schluss der Debatte nicht zugestimmt werden dürfen. Aus den Äußerungen sei auch eine bestimmte Geringschätzung bestimmter Schularten zum Ausdruck gekommen, obwohl dies von dem Schüler sicher nicht so gemeint war. Wie Landrat Trapp sagt, habe er deshalb grundsätzliche Gespräche mit Lehrern und Schülern von Haupt- und Mittelschulen sowie Vertretern der Gymnasien geführt.

Er bittet, Themen, die für andere wichtig sind, nicht einfach abzulehnen, nur weil sie für einen selbst zunächst nicht so interessant erscheinen.

2. **Ausbildungssituation im Landkreis - Jugendarbeitslosigkeit**

**Anträge: Mittelschulen Mamming-Gottfrieding, Hauptschule Reisbach,
Gymnasium Dingolfing und Gymnasium Landau**

Landrat Trapp richtet an die Antragsteller die Frage, ob sie ihre Anträge konkretisieren wollen. Anschließend könne Herr Weber von der Arbeitsagentur speziell darauf eingehen.

Alexandra Marchl, Gymnasium Dingolfing, nimmt Bezug auf die Abiturrede von Landrat Trapp, in der er erwähnt hätte, Jugendarbeitslosigkeit sei kein Problem. In der Zeitung sei außerdem zu lesen gewesen, dass Deggendorf Auszubildende aus den Ostblockländern anwerbe, da kaum einer mehr Bäcker, Metzger usw. werden möchte. Dasselbe Problem hätten Ausbildungsbetriebe, die Hauptschüler einstellen, geschildert.

Für Alexandra Marchl stellt sich die Frage, wie dieses Problem gelöst werden solle. Auch in Zukunft würden Handwerker gebraucht.

Wie **Marie-Theres Strobl, Gymnasium Landau**, meint, gäbe es insgesamt in Deutschland viele Schulabgänger, die keinen Ausbildungsplatz bekommen. Der Landkreis und auch die Kommune solle etwas dagegen unternehmen, dass keine Jugendlichen auf der Straße sitzen.

Bilgin Berki Vivien, Hauptschule Reisbach, möchte vorstellen, was an der Mittelschule getan werde, um die Schüler bestmöglich auf das Berufsleben vorzubereiten und bei der Lehrstellensuche zu unterstützen. Die Berufsorientierung beginne in der 7. Klasse. In der Handwerkskammer Deggendorf konnten eine Woche lang verschiedene Berufe jeweils einen Tag ausprobiert werden (Mechatroniker, Schreiner, Maurer, Metallbauer und Friseur). In der 8. Klasse folge die Berufseinstiegsbegleitung.

Landrat Trapp erläutert, er habe bei der Abiturrede ausgesagt, es bestünde kein großes Problem bei der Jugendarbeitslosigkeit, weil in der Regel für jeden qualifizierten Schulabgänger ein Angebot gemacht werden könne. Die Situation, dass weniger Ausbildungsplätze als Bewerber zur Verfügung stehen, habe sich mittlerweile fast umgekehrt. Wenn junge Leute heute keine Lehrstelle erhalten, habe dies oft damit zu tun, dass sie gar nicht wollen oder ihnen gewisse Grundtugenden, wie z.B. Zuverlässigkeit, fehlen. Jeder, der mit dem Quali die Schule verlasse, habe in der Regel Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Die Handwerksmeister klagten bereits über nicht genügend qualifizierte Bewerber. Probleme, in den Beruf reinzukommen, hätten vielmehr Akademiker nach dem Studium. Beispielsweise würden Lehrer mit einer Prüfungsnote von 1,9 nicht in den Staatsdienst übernommen, sondern erhielten nur Zeitverträge.

Alexandra Marchl, Gymnasium Dingolfing, will wissen, welche Überlegungen der Landkreis Dingolfing-Landau anstelle, damit die Arbeitgeber Auszubildende bekommen. Das Problem werde ja mittlerweile überall diskutiert.

Wie **Landrat Trapp** berichtet, sei eine sog. Zukunftskonferenz für den Landkreis Dingolfing-Landau einberufen worden. Grund dafür sei die zu erwartende Situation mit immer mehr Älteren und immer weniger Jüngeren. 1999 habe es noch über 1.000 Geburten im Landkreis gegeben. Diese Zahl sei von Jahr zu Jahr gesunken und lag dann 2009 bei 672, im letzten Jahr seien es noch 700 Geburten gewesen. Leider gehe der Trend nach wie vor weiter nach unten. Andererseits habe der Landkreis immer mehr sog. „Problemfamilien“ zu betreuen. Landrat Trapp sieht einen Grund für den Abwärtstrend bei den Geburten auch darin, dass viele nach dem Studium nur Zeitverträge erhielten und in dieser ungesicherten Situation natürlich die Entscheidung für Nachwuchs erschwert werde. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müsse verbessert werden. Früher seien Kinderkrippen verpönt gewesen. BMW habe mit den BMW Strolchen die erste Kinderkrippe im Landkreis installiert. Mittlerweile sei das Angebot zur Kinderbetreuung, auch in den Landgemeinden, ständig ausgebaut worden.

Marie-Theres Strobl, Gymnasium Landau, hält es für erforderlich, Jugendliche, die nicht qualifiziert sind und deshalb keinen Ausbildungsplatz erhalten, zu einer Weiterbildung zu bringen, z. B. durch Praktikumsplätze. Ihres Erachtens würde damit auch die Kriminalitätsrate zurück gehen, da die Jugendlichen eine Beschäftigung hätten.

Nach Ansicht von **Anne Glück, Gymnasium Landau**, sollten sich Sozialarbeiter um Jugendliche, die unzuverlässig sind und z.B. zu spät zur Arbeit kommen, kümmern.

Wie **Landrat Trapp** erwidert, gehe man bei diesem Ansatz von Elternhäusern aus, wie man sie selber kenne. Dem sei aber leider nicht immer so. Es gäbe Eltern, die zu faul zum Aufstehen seien, um ihre Kinder zum Bus zu bringen. Der Soziale Dienst des Landratsamtes gehe solchen Dingen nach, sei aber oft überfordert. Besonders in Familien, in denen sich bestimmte Verhaltensweisen über Jahre verfestigt hätten, sei es schwer, Änderungen herbeizuführen. Der Erziehungsauftrag werde in vielen Familien nicht mehr erfüllt.

Sabrina Baumgart, Lehrerin an der Hauptschule Reisbach, präsentiert das an der Hauptschule Reisbach sowie an der Mittelschule Dingolfing eingeführte Modellprojekt zur Berufseinstiegsbegleitung. Träger sei das Katholische Jugendsozialwerk. Ziel der Berufseinstiegsbegleitung seien Berufsorientierung, Ausbildungsreife und letztendlich Ausbildung. Es gäbe verschiedene Intervalle, angefangen vom erfolgreichen Schulabschluss bis zum Stabilisieren der Ausbildung. Die Teilnehmer würden drei Jahre lang betreut. Die Auswahl der Teilnehmer erfolge durch Vorstellung in den Klassen, Informationsveranstaltungen, Anmeldung der Schüler, Empfehlungen der Lehrer, Potentialanalysen. Letztendlich sei eine Einverständniserklärung der Sorgeberechtigten sowie der Berufsberatung erforderlich. Die Aufgaben seien sehr komplex. Der Berufseinstiegsbegleiter sei Mädchen für alles, suche Praktikastellen, unterstütze bei der Anfertigung individueller Bewerbungsunterlagen, vermittele soziale Kompetenzen, sozusagen ein „Rundpaket“ für den Schüler. Berufseinstiegsbegleiter hätten ein vielfältiges Netzwerk zur Zusammenarbeit (Schulleitung, Lehrer, Agentur für Arbeit, Betriebe, Vereine, Verbände, Sozialarbeiter usw.).

Eine Schülerin der Hauptschule Reisbach präsentiert Bilder zur Berufseinstiegsbegleitung.

Landrat Trapp erteilt Herrn Weber von der Bundesagentur für Arbeit das Wort.

Jochen Weber stellt sich eingangs vor. Er sei Leiter der Berufsberatung in Landshut und zuständig für den Landkreis Dingolfing-Landau. Das soeben vorgestellte und von der Bundesagentur für Arbeit finanzierte Modellprojekt werde u. a. auch an der Mittelschule in Dingolfing und Landau durchgeführt. Seines Erachtens seien die Haupt- und Mittelschüler diejenigen, die am besten auf die Berufswahl vorbereitet werden, sei es durch Praktika oder dem Kennenlernen von Berufsfeldern.

Herr Weber möchte eine Lanze für diese Schulart brechen. Es gäbe auch im Landkreis durchaus Schüler, die den Beruf des Bäckers oder auch Metzgers ergreifen wollen. Er sehe momentan noch keine Fachkräftenot bei diesen Betrieben. Bei dem angesprochenen Programm im Landkreis Deggendorf gehe es um eine Größenordnung von 15 bis 20 Jugendlichen aus Bulgarien, die für eine Ausbildung, z.B. bei Metzgereien, angeworben werden sollen. Es werde sicher keine Konkurrenzsituation zu Ortsansässigen entstehen. Im Landkreis Dingolfing-Landau sei derzeit kein ähnliches Projekt geplant.

Herr Weber geht nun auf einige wichtige Zahlen über den Ausbildungsmarkt ein. Seit Oktober 2010 hätten sich bei der Agentur für Arbeit in Dingolfing und in Landau insgesamt 687 Bewerber für die Vermittlung einer Ausbildungsstelle vormerken lassen. Diese Bewerber kämen aus allen Schultypen, von der Förderschule bis zum Gymnasium. Im Bezirk der Agentur für Arbeit Landshut kämen dabei auf 100 Bewerber in diesem Jahr 115 Berufsausbildungsstellen. Gegenüber dem letzten Jahr bedeute dies ein Zunahme von 16,4 % an Ausbildungsplätzen, im Landkreis Dingolfing-Landau sogar von 28 %. Allerdings würden die Berufswünsche der Jugendlichen nicht immer mit den angebotenen Ausbildungsstellen übereinstimmen. Zum Stand Juni 2011 seien im Landkreis Dingolfing-

Landau noch 147 Ausbildungsstellen unbesetzt gewesen. Da aber auch noch viele Jugendliche, die jetzt die Schule verlassen, für September einen Ausbildungsplatz suchen, werde sich in den nächsten Monaten noch einiges ausgleichen.

Von Jugendarbeitslosigkeit, d. h. Arbeitslose im Alter von 15 bis 25 Jahren, seien am 15. Juni 2011 insgesamt 66 Jugendliche betroffen gewesen. Diese Zahl sei sehr gering, obwohl natürlich hinter jedem ein persönliches Schicksal stehe. Die Arbeitslosenquote insgesamt habe im Landkreis im Juni 2011 bei 2,3 % gelegen, was 1.224 Personen entspricht. Darin seien auch die 66 Jugendlichen enthalten.

Die Gründe, weshalb es für einige Jugendliche trotzdem schwer sei, eine Ausbildungsstelle zu finden, können laut Herrn Weber vielfältig sein. Möglicherweise liege es an einer zu hohen Konkurrenz im Traumberuf oder dieser Beruf werde in der Region nicht ausgebildet. Der Schüler sollte dann Alternativen erwägen oder in einem größeren Radius suchen. Oft hätten die Jugendlichen zu wenig Informationen über den Ausbildungsmarkt und die Ausbildungsberufe. Wer sich gut informiere und viel ausprobieren habe die besten Karten. Manchmal seien auch zu wenig Praktika angeboten. Ein Problem stellen natürlich ein fehlender Schulabschluss oder mancherlei Zeugnisbemerkungen dar. Auch fehle es manchmal an Schlüsselqualifikationen, wie Pünktlichkeit oder Höflichkeit. Der doppelte Abiturjahrgang von 2011 habe keine wesentliche Verschiebung im Ausbildungsmarkt zur Folge gehabt. Der Anteil der Abiturienten, die eine Ausbildung machen wollen, sei nicht wesentlich gestiegen.

Die Agentur für Arbeit biete den Jugendlichen Beratung und Information. Es würden Ausbildungsstellen vermittelt, so seien auch heuer im gesamten Bezirk weit über 2000 Ausbildungsstellen gemeldet worden. Die Berufsberater würden bei Problemen aller Art helfen bzw. Hilfe vermitteln. Wenn es mit der Ausbildungsstelle nicht geklappt habe, gäbe es berufsvorbereitende Maßnahmen. Auch biete die Agentur Unterstützung zur erfolgreichen Bewältigung einer Ausbildung. Gegebenenfalls gäbe es finanzielle Hilfen für Bewerbungskosten, Reisekosten u.ä.

Für **Marie-Theres Strobl, Gymnasium Landau**, stellt sich die Frage, weshalb Deggendorf Auszubildende aus Bulgarien holen möchte, die vermutlich auch nicht so gut deutsch können. Es gäbe doch sicher auch aus Deggendorf selbst besser Qualifizierte.

Darüber weiß **Landrat Trapp** nicht Bescheid. Er werde mit dem Kollegen Bernreiter Kontakt aufnehmen. Wahrscheinlich sei diese Idee aber aus Erfahrungen der letzten Jahre entstanden, in denen die Betriebe keine qualifizierten Mitarbeiter mehr bekommen konnten. Auch im Landkreis Dingolfing-Landau seien vor allem viele Frauen aus Polen und Rumänien beschäftigt, die ältere Leute pflegen. Auch gäbe es aus diesen Ländern zahlreiche Erntehelfer.

Alexander Heil, Berufsschule Dingolfing, versteht nicht, weshalb den Bulgaren nur wegen mangelnder Deutschkenntnisse keine Chance gegeben werden sollte. Dies sei rassistisch gedacht.

Unverständlich sei ihm nach dem Gehörten, weshalb so viele Abiturienten, Haupt- oder Realschüler trotzdem Probleme haben, einen Ausbildungsplatz zu finden.

Marie-Theres Strobl, Gymnasium Landau, entgegnet, ihre Äußerung sei keineswegs rassistisch gedacht gewesen. Solange aber hierzulande viele keinen Ausbildungsplatz hätten, müssten doch diese zunächst bevorzugt werden. In den Niederlanden würden sich die Kommunen um die Arbeitslosen bis 27 kümmern. Dort habe letztlich jeder eine Beschäftigung.

Jochen Weber, Agentur für Arbeit, erklärt, dass aufgrund der freiheitlichen Grundordnung niemand zu einer Beschäftigung gezwungen werden könne. Es gäbe aber auch in Deutschland jede Menge Möglichkeiten, wie jemand, bei dem es mit der Ausbildungsstelle nicht geklappt hat, die Zeit sinnvoll überbrücken könne. In Landau stünden 40 Plätze für berufsvorbereitende Maßnahmen zur Verfügung. Jugendliche würde hier noch einmal

trainiert, damit es ein Jahr später mit der Ausbildung besser funktioniere. Tatsache sei aber auch, dass nicht jeder Jugendliche eines Jahrgangs eine Ausbildung erfolgreich abschließen.

Landrat Trapp weiß ebenfalls aus seiner Erfahrung, dass manche Jugendliche einfach nicht zur Berufsschule gehen oder oft nicht am Arbeitsplatz erscheinen. Diese Situation sei natürlich für einen Ausbildungsbetrieb schwierig. Mit den Eltern zu reden bringe oft nichts, da es denen zum Teil egal sei oder gesagt werde, sie hätten keinen Einfluss. Jedes Jahr gäbe es eine Reihe von Schulabgängern, die sich gar nicht um einen Ausbildungsplatz bewerben, sondern „Hartz-IVler“ werden wollen.

Laut **Schulrätin Angelika Haslbeck** laufen derzeit die Erhebungen, welche Schülerinnen und Schüler keinen Abschluss erreicht haben. Diese Schüler würden dann an der Berufsschule gemeldet. Für dieses Jahr könne sie noch keine konkreten Zahlen nennen. Derzeit gäbe es an der Berufsschule zwei sog. berufsvorbereitende Klassen. Die Berufsschulpflicht erstrecke sich auf zwei Tage in der Woche. An den anderen drei Tagen versuche die Schule, die Jugendlichen in Praktika zu vermitteln. Frau Haslbeck möchte eine Lanze für die Mittelschule brechen. Die allermeisten der Schüler würden ein Ausbildungsverhältnis beginnen. Sehr viele dieser Schüler hätten entweder den qualifizierten Hauptschulabschluss oder einen Mittlere-Reife-Abschluss.

Landrat Trapp informiert über die Arbeitslosenquote im Landkreis Dingolfing-Landau, die derzeit bei 2,3 % liege. In tatsächlichen Zahlen seien es im Juni 1.224 Arbeitslose gewesen. Davon seien 520 ohne eine Ausbildung. 24 Arbeitslose seien zwischen 15 und 20 Jahre alt. 423 Arbeitslose seien über 55 Jahre alt und viele davon hätten bei BMW einen Auflösungsvertrag unterschrieben. Die Arbeitslosenquote liege damit eigentlich unter 2 %.

Eine Schülerin des **Gymnasium Dingolfing** meint, das Thema sei eigentlich ausdiskutiert. Nachdem noch viele weitere Anträge auf der Tagesordnung stünden, beantragt sie Schluss der Debatte.

Die Mehrheit des Jugendkreistages stimmt für diesen Antrag.

Der Jugendkreistag wird für eine Pause von 9.37 – 10.07 Uhr unterbrochen.

3. Einnahmen aus Fotovoltaik der Schulgebäude für die Schulen

Landrat Trapp begrüßt die mittlerweile eingetroffenen Vertreter des Regionalfernsehens.

Thomas Maier, Gymnasium Dingolfing, beantragt, den TOP 8 vorzuziehen, da dieser Punkt die meisten betreffe.

1) B e s c h l u s s

Der Jugendkreistag beschließt, den TOP 8 vorzuziehen.

Abstimmungsverhältnis: 47/19/26

Der Antrag ist abgelehnt

Landrat Trapp erinnert an seine Aussage, die Einnahmen aus Fotovoltaik teilweise den Schulen zur Verfügung stellen zu wollen. Dies sei 4 Jahre hintereinander von der CSU-Fraktion im Kreistag, die dort die absolute Mehrheit habe, abgelehnt worden. Im 5. Jahr sei die Fraktion nun doch dafür. Es gäbe allerdings noch zwei Probleme. Zum einen hätten noch nicht alle Schulen Fotovoltaik, so in Dingolfing das Gymnasium und in Landau die

Förderschule sowie die Außenstelle der Berufsschule. Somit stelle sich die Frage, nach welchen Kriterien die Mittel vergeben werden sollen. Zum anderen wäre zu klären, für welchen Bereich an den Schulen das Geld zur Verfügung gestellt werden solle.

Nach den Worten von **Patricia Kuhn, Gymnasium Landau**, sei die Vorstellung an ihrer Schule so, dass das Geld auch der betreffenden Schule zur Verfügung gestellt werden solle. Wie an jeder Schule gäbe es einen Kompetenzschwerpunkt, der am Gymnasium Landau die Medienbildung sei. Dies solle durch die Anschaffung von Geräten, aber auch durch Beiziehung von Experten ausgefüllt werden.

Miriam Farokhfar, Gymnasium Landau, würde es gut finden, wenn der Schulpsychologe, der bisher nur 1x im Monat komme, öfter an der Schule wäre. Immer mehr Schüler hätten psychische Probleme, sei es Depressionen, Essstörungen oder Schlafstörungen, durch den Schulstress.

Landrat Trapp rät dazu, das Geld nicht für Bereiche einzusetzen, in denen grundsätzlich der Staat gefordert sei. Er würde die Mittel für Dinge verwenden, in denen kein gesetzlicher Anspruch bestehe. Ansonsten würde sich der Staat immer mehr aus der Finanzierung zurückziehen. Hier sollte vielmehr der Druck auf das Kultusministerium erhöht werden.

Julia Klaus, Gymnasium Dingolfing, interessiert, ob auch das Gymnasium Dingolfing als Schule ohne Fotovoltaik etwas von den Einnahmen bekommen würde.

Landrat Trapp antwortet, es bestünde auch die Möglichkeit, die Einnahmen nach Schülerzahlen aufzuteilen.

Wie **Patricia Kuhn, Gymnasium Landau**, meint, sollte von dem Geld für das Gymnasium Landau etwas übrig bleiben, könnte das Gymnasium Dingolfing etwas davon erhalten. Ebenso könnten sich die beiden Realschulen zusammentun und die Einnahmen für einen sinnvollen Zweck nutzen.

Kreisrätin Ast ist dafür, alle Schulen einzubinden, egal, ob sie eine Fotovoltaikanlage haben oder nicht. An jeder Schule werde Bedarf neben der vom Staat finanzierten Dinge bestehen.

Kreisrat Beer schließt sich dem an. Voraussetzung sei natürlich eine Mehrheit im Kreistag.

Kreisrat Straubinger ist der Auffassung, über das Thema müsse offensiv im Kreistag diskutiert werden. Jeder wisse, dass der Landkreis für die schulischen Projekte viel Geld benötige. Die Einnahmen aus der Fotovoltaik für andere Zwecke zu verwenden, sei eine freiwillige Leistung. Das Geld stünde dann nicht mehr für andere Dinge zur Verfügung. Erst gestern sei mit dem Berufsschulneubau ein Projekt mit 28 Mio. Euro in Angriff genommen worden.

Landrat Trapp glaubt, es wäre am besten, das Geld an alle Schulen entsprechend der Schülerzahlen zu verteilen. Jede Schule könne dann für sich selber entscheiden, wofür sie das Geld verwendet. Zu entscheiden wäre dann noch, an wen diese Mittel weitergegeben werden, z. B. die Schulverwaltung, die SMV, die Schülerzeitung oder bestimmte Neigungsgruppen.

Maria Brennsteiner, Gymnasium Dingolfing, interessiert, um welche Beträge es sich eigentlich handelt.

Landrat Trapp erwidert, er wolle eigentlich wissen, wie viel von den einzelnen Schulen für bestimmte Projekte benötigt werde. Er denke dabei an Dinge, die ansonsten nicht finanziert würden, aber für das Schulleben wichtig sind. Deshalb sei seine Frage gewesen, ob beispielsweise die SMV, das Schulforum oder auch die Schülerzeitung bestimmte Vorhaben

auf den Weg bringen wollen. Er erinnere sich an eine Jugendkreistagssitzung, in der der Wunsch geäußert worden sei, jährlich ein großes Fest für alle Schulen des Landkreises mit Bands zu organisieren. Auch von einer Veranstaltung gegen Rassismus sei einmal die Rede gewesen.

Er möchte aber eigentlich nichts vorgeben.

Patricia Kuhn, Gymnasium Dingolfing, glaubt nicht, dass ein großes Schulfest zustande kommen wird. Sie spricht sich dafür aus, das Geld zunächst an die einzelnen Schulforen zu geben. Im Forum seien sowohl Schülersprecher als auch Lehrer vertreten, die dann über die Verwendung entscheiden könnten. Diese Lösung erscheine ihr am sinnvollsten.

Alexandra Marchl, Gymnasium Dingolfing, schließt sich dem an. Sie berichtet, dass eine geplante Fahrt im Rahmen des Sozialkundeunterrichts aufgrund fehlender Mittel nicht zustande gekommen sei. Für solche Projekte könne doch das Geld eingesetzt werden.

Severin Forster, Gymnasium Landau, unterstützt den Vorschlag, die Mittel den Schulforen zu geben.

Marie-Theres Strobl, Gymnasium Landau, beantragt Schluss der Debatte. Zugleich beantragt sie, den Vorschlag anzunehmen, dass die Mittel auf die Schulforen verteilt werden.

Die Mehrheit des Jugendkreistages stimmt dem Antrag auf Schluss der Debatte zu.

Landrat Trapp informiert vor der Beschlussempfehlung über die Höhe der Einnahmen bei den einzelnen Schulen im Jahr 2010:

Berufsschule Dingolfing	2.244 €
Förderschule Dingolfing	6.432 €
Realschule Dingolfing	2.918 €
Gymnasium Landau	13.654 €
Realschule Landau	605 €
Insgesamt gehe es damit um ca.	26.000 €

Landrat Trapp stellt den Beschlussantrag zur Abstimmung:

2) **B e s c h l u s s**

Der Jugendkreistag beschließt, der Landkreis wird gebeten, Teile der Einnahmen aus Fotovoltaik auf Schuldächern den jeweiligen Schulforen zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsverhältnis
Der Antrag ist angenommen

Nach Ansicht von **Patricia Kuhn, Gymnasium Landau**, sollte jeder Schule die gleiche Summe zur Verfügung gestellt werden, unabhängig von der Schülerzahl.

Landrat Trapp wirft die Frage auf, ob es wirklich gerecht sei, wenn eine Schule mit 1.000 Schülern die gleiche Summe erhalte wie eine Schule mit 150 Schülern.

Schüler, Berufsschule Dingolfing, vertritt die Auffassung, dass die Größe der Schule keine Rolle spiele. Das Geld solle pauschal aufgeteilt werden.

Nina Eberl, Gymnasium Dingolfing, fände es gerechter, das Geld anhand der Schülerzahlen aufzuteilen.

3) **B e s c h l u s s**

Der Jugendkreistag empfiehlt, dass sich der Zuschuss an die jeweiligen Schulen an der Schülerzahl orientieren soll.

Abstimmungsverhältnis: 48/37/11

Der Antrag ist angenommen

4. **Arbeitsraum und Ausstattung für Schulradio- und Schülerzeitungsgruppe** **Antrag: Viktor-Karell-Realschule Landau**

Jonas Arbinger, Realschule Landau, berichtet, die Realschule Landau sei seit einem Jahr Partnerschule des Bayerischen Rundfunks und gebe eine Schülerzeitung heraus. Der Platz für die Ausarbeitung der jährlichen Schülerzeitung und das Zusammenstellen des Radioprogrammes sei allerdings begrenzt bzw. gar nicht vorhanden. Deshalb werde beantragt, beim geplanten Bau der Mensa im Jahr 2013 einen Arbeitsraum dafür vorzusehen.

Landrat Trapp führt aus, es sei beabsichtigt, an der Realschule Landau die Räumlichkeiten für eine Ganztagschule zu schaffen. Dazu werde die alte Turnhalle abgerissen und an dieser Stelle neu gebaut. Ein Kubikmeter umbauter Raum verursache Kosten von ca. 3.000 €

Nina Eberl, Gymnasium Dingolfing, stellt die Frage, wie es die letzten Jahre geklappt habe.

Jonas Arbinger, Realschule Landau, antwortet, die Gerätschaften seien irgendwo untergebracht. Deshalb werde ein eigenes Zimmer gewünscht, um besser arbeiten zu können.

Anne Glück, Gymnasium Landau, versteht nicht, weshalb die Gerätschaften nicht in einem abschließbaren Schrank in einem Klassenzimmer untergebracht werden können.

Landrat Trapp stellt den Antrag von Jonas Arbinger zur Abstimmung.

4) **B e s c h l u s s**

Der Landkreis wird gebeten, beim Erweiterungsbau der Realschule Landau einen Arbeitsraum und die Ausstattung für die Schülerredaktion und die Schülerzeitungsgruppe vorzusehen.

Abstimmungsverhältnis: 48/36/12

Der Antrag ist angenommen

5. **Verbesserung der Schallschutzmaßnahmen in der Aula** **Antrag: Realschule Dingolfing**

Die Realschule Dingolfing möchte mit einer PowerPoint-Präsentation die Situation näher bringen.

Katharina Eißler, Realschule Dingolfing, stellt die Situation mit Hilfe von Fotos dar. Die Aula habe eine Galerie und sei nur durch Glastüren zu den angrenzenden Fachräumen abgegrenzt. Auch bei wenigen Schülern in der Aula liege der Lärmpegel in den Räumen bei

80 – 92 dB. Durch diese Lärmkulisse werde der Unterricht gestört. Die untere Glastüre müsse geöffnet bleiben, um den Zugang zu gewährleisten. Beim Fachraum für Wirtschaftswissenschaften befinde sich aufgrund des Brandschutzes keine abgrenzende Tür. Außerdem sei der Lärmpegel bei 32 Klassen mit 870 Schülern in den Pausen und Freistunden sehr hoch, so dass kaum Hausaufgaben oder Unterhaltung möglich seien. Die Aula sei für 21 Klassen geplant worden. Durch das Fachraumprinzip sei ein Aufenthalt der Schüler auf den Gängen nicht gestattet. Die Realschule beantrage deshalb, die an sich beim Erweiterungsbau geplanten Schallschutzmaßnahmen auszuführen.

Severin Forster, Gymnasium Landau, meint, in der Aula des Gymnasiums Landau gäbe es trotz 1.300 Schülern keine derartigen Probleme.

Nina Eberl, Gymnasium Dingolfing, kann sich nicht vorstellen, dass durch einige Schüler in der Aula eine so hohe Lärmbelastung entstehe. Sie stellt die Frage, welche Möglichkeiten es gäbe, den Lärmpegel in der Pause einzudämmen.

Kreisrätin Christine Trapp erläutert, dass es sich um eine äußerst hellhörige Situation handle. Die an sich im Rahmen einer größeren Baumaßnahme geplanten Schallschutzmaßnahmen seien dringend erforderlich.

Auf Frage von Alexandra Marchl, antwortet **Herr Grassinger, Hochbau**, bei einer solchen Maßnahme sei mit einer sechsstelligen Summe zu rechnen. Für die Schallschutzmaßnahmen in der Turnhalle seien über 100.000 € angefallen.

Nach Überzeugung von **Patricia Kuhn, Gymnasium Landau**, können sich die Schüler so leise verhalten, dass die anderen nicht gestört werden. Sie sehe es auch als erzieherische Aufgabe der Lehrer, für Ruhe zu sorgen.

Landrat Trapp stellt fest, die Situation in der Aula der Realschule Dingolfing sei nicht mit dem Gymnasium Dingolfing oder dem Gymnasium Landau vergleichbar. Schon allein durch unterschiedliche Höhen in der Aula der Realschule entstünden Trichter, die den Schall nach oben absorbieren.

Saskia Helmstedt, Gymnasium Landau, beantragt Schluss der Debatte.

5) **B e s c h l u s s**

Der Jugendkreistag beschließt Schluss der Debatte.

Abstimmungsverhältnis: 48/41/7

Der Antrag ist angenommen

Landrat Trapp stellt den Antrag der Realschule Dingolfing zur Abstimmung.

6) **B e s c h l u s s**

Der Landkreis Dingolfing-Landau wird gebeten, Schallschutzmaßnahmen zur besseren Akustik in der Aula der Realschule Dingolfing vorzunehmen.

Abstimmungsverhältnis: 42/19/23

Der Antrag ist abgelehnt

6. Ergonomische Stühle für die Klassenzimmer Antrag: Hans-Glas-Berufsschule Dingolfing

Oliver Bartl, Berufsschule Dingolfing, begründet den Antrag. Derzeit müssten die Schüler bei 40 Stunden Unterricht in der Woche auf unbequemen Holzstühlen sitzen. Viele hätten bereits Rückenprobleme. Es werde deshalb die Anschaffung neuer, bequemer Stühle beantragt. Solche Stühle seien ganz anders geformt und aus anderem Material gefertigt.

Eine Schülerin des Gymnasiums Dingolfing findet es lächerlich, wenn hier ergonomische Stühle gefordert werden.

Wie **Patricia Kuhn, Gymnasium Landau**, sagt, sitze sie seit 11 Jahren auf harten Stühlen. Das Schulleben sei nun einmal hart und jeder habe es überlebt. Für Rückenprobleme gäbe es Physiotherapeuten, die auch von der Krankenkasse bezahlt würden. Man könne sich bei Kreuzschmerzen vielleicht auch einmal 10 Minuten hinstellen.

Für **Dr. Beblo, Leiter des Gesundheitsamtes**, stellt sich die Frage, was unter Ergonomie verstanden werde. Eigentlich bedeute Ergonomie, die Form des Stuhles an den Körper anzupassen.

Marie-Theres Strobl, Gymnasium Landau, beantragt zur Geschäftsordnung Schluss der Debatte.

7) B e s c h l u s s

Der Jugendkreistag beschließt Schluss der Debatte.

Abstimmungsverhältnis: 50/23/27
Der Antrag ist abgelehnt

Die Schüler der Berufsschule Dingolfing erläutern, sie wollten normale Stühle, die nicht auseinander fallen und wie sie an jeder anderen Schule auch vorhanden seien.

Julia Kramlofsky, Gymnasium Dingolfing, ist grundsätzlich für die Einführung ergonomischer Stühle. Allerdings müssten solche Stühle dann für jede Schule angeschafft werden und nicht nur für die Berufsschule.

Florian Schwimmbeck, Realschule Dingolfing, empfiehlt, Sitzkissen unterzulegen.

Anne Glück, Gymnasium Landau, glaubt, dass der Begriff „Ergonomie“ etwas verwirrt. Sie könne sich nicht vorstellen, dass Stühle so weh tun können. Sie schlägt vor, den Antrag in der nächsten Sitzung noch einmal zu stellen und dazu einen Stuhl mitzubringen.

Nina Eberl, Gymnasium Dingolfing, hält es für völlig überzogen, ergonomische Stühle zu fordern. Schüler seien doch nicht so alt, dass sie so etwas bräuchten.

Alexandra Marchl, Gymnasium Dingolfing, schließt sich dem an. Wer wirklich Probleme habe, solle eine Bestätigung vorlegen. In diesen Fällen könnten dann andere Stühle zur Verfügung gestellt werden.

Natascha Sigl, Berufsschule Dingolfing, würden lediglich Stühle gefordert, wie sie auch in der Realschule Dingolfing vorhanden seien.

Jonas Arbinger, Realschule Dingolfing, beantragt Schluss der Debatte.

Die Mehrheit des Jugendkreistages nimmt diesen Antrag an.

Landrat Trapp stellt den Antrag der Berufsschule Dingolfing zur Abstimmung.

8) **B e s c h l u s s**

Der Landkreis Dingolfing-Landau wird gebeten, die Stühle an der Berufsschule Dingolfing auszutauschen.

Abstimmungsverhältnis: 44/35/9

Der Antrag ist angenommen

7. **Klimaanlage für bestimmte Klassenzimmer** **Antrag: Hans-Glas-Berufsschule Dingolfing**

Den Schülern der Berufsschule Dingolfing ist nicht bekannt, wer diesen Antrag gestellt hat.

Von den anwesenden Berufsschülern unterstütze keiner diesen Antrag. Ein viel dringenderes Problem sei die Toilettensanierung.

Landrat Trapp erinnert, dass die Toiletten bereits in der letzten Sitzung Thema gewesen seien. Man habe sich doch geeinigt, dass die Toiletten hygienisch sein müssten. Bauliche Maßnahmen kämen in Hinblick auf die Generalsanierung in zwei bis drei Jahren aber momentan nicht in Frage.

Die Schüler der Berufsschule Dingolfing äußern den Wunsch, dass sich Dr. Beblo die Zustände in den Toilettenräumen ansieht.

8. **Öffentlicher Personennahverkehr** **- Fahrplan- und Sitzplatzprobleme** **Antrag: Gymnasium Dingolfing**

Nach den Worten von **Julia Klaus, Gymnasium Dingolfing**, herrschen in den Bussen und an den Bushaltestellen absolut chaotische Zustände. Bezüglich der Fahrpläne sei festzustellen, dass viele Schüler sehr früh raus müssten, da die Busse teilweise vor 7 Uhr abfahren.

In den Bussen gäbe es viel zu wenige Sitzplätze und keine Sitzgurte, aber auch die Stehplätze seien nicht ausreichend. Eine Person habe nicht einmal einen Viertel Quadratmeter zur Verfügung, schlimmer als in einem Viehtransport. Dies könne vor allem bei Vollbremsungen zu gefährlichen Situationen führen. Ausrangierte Busse mit 20 Sitzplätzen für 80 Leute würden einfach hingenommen. Aufgrund dieser Platzsituation gäbe es auch extreme Drängeleien an den Haltestellen. Für eine Verbesserung sollten Verhandlungen mit den Busunternehmen geführt werden. Vielleicht könnten mittags auch Lehrer an den Haltestellen beaufsichtigen.

Julia Klaus, Gymnasium Dingolfing, berichtet, dass trotz Einsatzes eines Doppeldeckers die Schüler immer noch dicht gedrängt stünden. Auch bei BMW seien Doppeldecker eingesetzt, hier sei teilweise aber nur eine Etage besetzt. Offensichtlich zahle BMW besser. Die Schüler könne man ja in die alten Stadtbusse stopfen. Bereits durchgeführte Unterschriftenaktionen hätten nichts gebracht.

Thomas Maier, Gymnasium Dingolfing, sieht das Problem bei Kontrollen durch die Polizei, dass z.B. am Mittwoch wegen des Nachmittagunterrichts nur 1/3 mitfähre, während am Freitag der Busfahrer die Tür nur mit Not und Mühe zu bekomme.

Das Thema Schulbusse sei, so **Landrat Trapp**, seit Jahren immer wieder auf der Tagesordnung und es werde keine entsprechende Lösung gefunden. Der Landkreis gebe für die Schülerbeförderung viel Geld aus. In den letzten Jahren seien vom Landkreis viele zusätzliche Busse bestellt worden, damit Schüler auch nach der 8. Stunde nach Hause fahren könnten. Das Problem liege darin, dass es sich hier um einen öffentlichen Personennahverkehr handle, bei dem man nicht wisse, wie viele tatsächlich mitfahren. Es sei die gleiche Situation wie in der Straßen- oder U-Bahn gegeben. Jeder mit einem Ticket habe das Recht, befördert zu werden. Bei Schulausflügen o.ä. dürfe niemand in den Bussen stehen. Dies sei nur dort erlaubt, wo Busse entlang einer bestimmten Route Bushaltestellen anfahren. Durch Stehplätze möchte man vermeiden, dass Personen nicht mitfahren könnten.

Dagmar Kraus, Landkreisverwaltung, erklärt, der Landkreis bezahle die Fahrkarten für die verschiedenen Linien. Wenn Probleme auftauchen, würden vor Ort Polizeikontrollen durchgeführt. Bei Ausschöpfung der zugelassenen Stehplätze seien die Busse aber einfach voll. Es gäbe keine Handhabe gegen die Busunternehmen, da es sich um eigenwirtschaftliche Linien der Unternehmen handle.

Laut **Landrat Trapp** könne nur eingegriffen werden, wenn mehr Fahrgäste als zugelassen im Bus wären. Falls Fahrgäste im Bus stehen, dürfe eine bestimmte Höchstgeschwindigkeit nicht überschritten werden.

Kreisrätin Ingrid Ast rät dazu, die Situation in den Bussen zu fotografieren. In Wallersdorf habe dies zu einer besseren Lösung geführt.

9) **B e s c h l u s s**

Der Landkreis Dingolfing-Landau wird gebeten, die Sitzplatzproblematik in den Bussen zu überprüfen.

Abstimmungsverhältnis: 48/48/0
Der Antrag ist angenommen

9. **Informationen über Kreisjugendring**

- **Jugendforum im Internet**
- **Programmangebote**

Landrat Trapp begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den Vorsitzenden des Kreisjugendrings, Herrn Michael Trapp.

Maria Brennsteiner, Gymnasium Dingolfing, beantragt, Punkt 12 vorzuziehen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

12. **Anfragen, Anregungen**

Oliver Bartl, Berufsschule Dingolfing, spricht nochmals die Toiletten in der Berufsschule an. Die Zustände seien einfach nicht tragbar. Er verstehe nicht, wenn auf der einen Seite für die Realschule ein Raum für die Schülerzeitung zur Verfügung gestellt werden soll und andererseits an der Berufsschule nicht einmal die Grundvoraussetzungen geschaffen seien.

Landrat Trapp erwidert, vor zwei Jahren seien die Toiletten zusammen mit dem Bauausschuss besichtigt worden. Damals hätten keine großen Mängel festgestellt werden können. Natürlich seien die Sanitäreinrichtungen schon etwas älter, aber der Landkreis zahle dafür Geld, dass täglich geputzt werde. Insofern sei von einem hygienischen Zustand auszugehen. Sollte dies nicht der Fall sein, müssten die Toiletten sofort geschlossen werden. Ansonsten wäre dies grob fahrlässiges Verhalten der dafür zuständigen Leute. Landrat Trapp stellt fest, sollte hier übertrieben werden, sei er sauer, denn er lasse sich nicht vorwerfen, dass der Landkreis die Gesundheit der Bürger aufs Spiel setze. Sollten tatsächlich solche Missstände bestehen, müsse die Schulleitung darauf hinwirken, dass diese abgestellt werden.

Die Vertreter der Berufsschule Dingolfing, erklären, es werde keineswegs übertrieben. Die Zustände seien tatsächlich katastrophal. Sie schlagen eine Besichtigung mit Herrn Dr. Beblo vom Gesundheitsamt vor.

Maria Brennsteiner, Gymnasium Dingolfing, spricht an, dass die Probleme auf den Toiletten auch oft von den Benutzern selbst verursacht sind.

Oliver Bartl, Berufsschule Dingolfing, führt aus, das Problem liege in der Belüftung. Aus den Rohren komme der Schimmel. Der Gestank sei unerträglich.

Landrat Trapp sichert eine Besichtigung durch Herrn Dr. Beblo in der nächsten Woche zu.

Maria Brennsteiner, Gymnasium Dingolfing, hat eine Frage in Bezug auf Klassenfahrten. Die Lehrer würden gern mitkommen und auch selbst bezahlen, die Schulleitung habe aber erklärt, dies sei rechtlich nicht möglich.

Kreisrätin Christine Trapp führt hierzu aus, dass das Budget für solche Fahrten erheblich gekürzt worden sei. Grundsätzlich hätte man den Lehrern die Möglichkeit gegeben, auf Kostenerstattungen bzw. auf einen Teil zu verzichten, es hätte aber nichts bezahlt werden müssen. Nach einem Gerichtsurteil sei dies jetzt aber nicht mehr zulässig.

Thomas Maier, Gymnasium Dingolfing, versteht nicht, weshalb auch eine Übernahme der Kosten durch den Förderverein abgelehnt werde.

Kreisrätin Christine Trapp sagt hierzu, an der Realschule Dingolfing sei der Beschluss gefasst worden, dass eine Finanzierung durch Sponsoren nicht gewünscht sei. Es handle sich ihrer Meinung nach um eine Aufgabe des Staates im Rahmen des Bildungsauftrages. Grundsätzlich bestünde laut neuer Rechtsprechung aber die Möglichkeit der Finanzierung durch Fördervereine oder andere Sponsoren.

Landrat Trapp bedankt sich für die Beteiligung an der heutigen Jugendkreistagssitzung. Er wünscht allen schöne Ferien.

Die Sitzung ist um 11.54 Uhr beendet.

Vorsitzender

Protokollführerin

Heinrich Trapp
Landrat

Erika Huber